

Antrag 63/II/2025**SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für
 2 eine umfassende Reform des Elterngeldes einzusetzen,
 3 die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten
 4 des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ziel der Reform muss
 5 sein, Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fördern, fi-
 6 nanzielle Benachteiligungen bei der Aufteilung von Sorge-
 7 und Erwerbsarbeit abzubauen und echte Wahlfreiheit für
 8 alle Familienmodelle zu schaffen. Insbesondere fordern
 9 wir:

10

11 **1. Gerechte Berechnungsgrundlage für das Elterngeld
schaffen**

13

14 Künftig soll das Elterngeld so berechnet werden, dass es
 15 für Familien finanziell keinen Unterschied mehr macht,
 16 welcher Elternteil die Elternzeit übernimmt. Das gesamte
 17 Nettoeinkommen beider Elternteile soll als Berechnungs-
 18 grundlage herangezogen werden, mit einer sinnvollen De-
 19 ckelung nach oben.

20

21 Alternativmodelle sind zu prüfen, z. B.:

- 22 • Orientierung des Elterngeldes am bundesdeutschen
Medianeinkommen
- 24 • Einführung eines höheren Einkommensausgleichs
(bis 100%) innerhalb einer vertretbaren Höchstgren-
ze

27

28 Bestehende Sonderregelungen für Selbständige, Alleiner-
 29 ziehende und Leistungsempfänger*innen bleiben unan-
 30 getastet oder müssen verbessert werden. Mehr-Eltern-
 31 Familienkonstellationen (z. B. gleichgeschlechtliche oder
 32 Patchworkfamilien) sollen künftig gleichberechtigt be-
 33 rücksichtigt werden.

34

35 **1. Inflationsausgleich und Dynamisierung der Eltern-
geldbezugsgrenze**

37

38 Seit 2007 hat keine Erhöhung, Inflationsausgleich oder
 39 Dynamisierung des Elterngeldes stattgefunden. Seitdem
 40 ist die Kaufkraft um 38 Prozent gesunken. Um dies auszu-
 41 gleichen, soll eine einmalige Sofort-Erhöhung des Eltern-
 42 geldes um stattfinden. Das Elterngeld und die Einkom-
 43 menobergrenze für den Bezug von Elterngeld muss jähr-
 44 lich an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung ange-
 45 passt werden, damit insbesondere der Mittelstand nicht
 46 dauerhaft benachteiligt wird.

47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 **1. Flexibilisierung des parallelen Bezugs von Eltern-**
49 **geld**

50

51 Der derzeit stark eingeschränkte parallele Bezug von El-
52 terngeld durch beide Elternteile soll flexibilisiert werden.
53 Insbesondere in den ersten Lebenswochen nach der Ge-
54 burt soll der parallele Bezug für mehr als nur einen Monat
55 möglich sein. Ein paralleler Bezug während der Schutz-
56 frist nach der Geburt (Mutterschutz, 6 bis 8 Wochen) soll
57 grundsätzlich ermöglicht werden (siehe auch „Familien-
58 schutz“ weiter unten). Wenn der zweite Elternteil sich auf
59 mindestens vier bis sechs Monate Elterngeld festlegt, sol-
60 len zusätzliche parallele Bezugsmonate ermöglicht wer-
61 den.

62

63 **1. Ausweitung der Partnermonate und Anreize für**
64 **partnerschaftliche Aufteilung**

65

66 Die Anzahl der Partnermonate soll deutlich erhöht wer-
67 den. Ein in anderen Ländern bereits bestehendes „6-6-6-
68 Modell“ (die dritten 6 Monate nur nutzbar durch den je-
69 weils anderen Elternteil) soll hier zum Vorbild genommen
70 werden. Für eine gerechtere Aufteilung der Elternzeit zwi-
71 schen beiden Elternteilen könnte bei gleichmäßiger In-
72 anspruchnahme ein erhöhter Elterngeldsatz gezahlt wer-
73 den.

74

75 **1. Reform der Hinzuerdienstgrenzen beim Elterngeld**
76 **Plus und Partnerschaftsbonus**

77

78 Die bisherigen Hinzuerdienstgrenzen sollen abgeschafft
79 oder hilfsweise deutlich angehoben werden. Auch bei hö-
80 herem Einkommen sollen Eltern den vollen Elterngeld-
81 betrag beziehen können, um Erwerbstätigkeit in Teilzeit
82 nicht länger finanziell zu bestrafen. Die Anhebung der Zu-
83 verdienstgrenze auf das jeweilige Vollzeitäquivalent wird
84 geprüft. Insbesondere der Partnerschaftsbonus ist in die-
85 ser Form nicht Anreiz genug und zu kompliziert, um die
86 Arbeitsstunden zu reduzieren.

87

88 **1. Einführung einer Familienstartzeit und Ausbau des**
89 **Familienschutzes**

90

91 Die Umsetzung einer Familienstartzeit ist überfällig.
92 Deutschland muss die EU-Richtlinie, nachdem der zwei-
93 te Elternteil zwei Wochen nach der Geburt bei vollem
94 Lohn von der Arbeit freigestellt werden soll, umsetzen.
95 Es soll eine gesetzliche, umlagefinanzierte Familienstart-
96 zeit von mindestens zwei Wochen bei 100 Prozent Lohn-
97 fortzahlung für den zweiten Elternteil eingeführt wer-
98 den. Langfristig ist ein umfassender Familienschutz an-
99 zustreben, der beiden Elternteilen bereits vor der Geburt
100 voll bezahlte Freistellung ermöglicht. Die bestehende 100-

101 prozentige Lohnfortzahlung im Mutterschutz soll per-
102 spektivisch auf den zweiten Elternteil ausgeweitet wer-
103 den.

104

105 **1. Gesellschaftlichen Wandel aktiv vorantreiben**

106

107 Das Bundesfamilienministerium wird aufgefordert, breit
108 angelegte Aufklärungs- und Informationskampagnen zu
109 starten, die die Bedeutung partnerschaftlicher Sorgear-
110 beit, die Bindungstheorie und den volkswirtschaftlichen
111 Nutzen gleichberechtigter Elternschaft verdeutlichen.

112 Väter, die keine Care-Arbeit übernehmen bzw. keine oder
113 kaum Elternzeit nehmen, sollen gesellschaftlich nicht län-
114 ger als Normalfall gelten. Gleichberechtigte Sorgearbeit
115 muss zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit wer-
116 den.

117 Ein Kündigungsschutz für den zweiten Elternteil ab Be-
118 kanntwerden der Schwangerschaft soll eingeführt wer-
119 den, um frühzeitige und sichere Planungen auch gegen-
120 über Arbeitgeber*innen zu ermöglichen.

121 Für nicht-traditionelle Familienmodelle, insbesondere
122 gleichgeschlechtliche, Patchwork- und Mehr-Eltern-
123 Konstellationen, sind sämtliche noch bestehenden
124 rechtlichen Hürden beim Elterngeldbezug vollständig zu
125 beseitigen.

126

127 **Begründung**

128 Auch 18 Jahre nach Einführung des Elterngeldes bleibt die
129 tatsächliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwi-
130 schen Männern und Frauen in Deutschland ungleich. Zwar
131 beziehen laut aktuellen Statistiken inzwischen 46 Prozent
132 der Väter Elterngeld – doppelt so viele wie noch vor 15
133 Jahren. Doch der Blick auf die Bezugsdauer zeigt die gan-
134 ze Dimension der bestehenden Ungleichheit: Mütter be-
135 ziehen im Schnitt 11,8 Monate Elterngeld, Väter hingegen
136 nur durchschnittlich 2,8 Monate. Drei von vier Vätern neh-
137 men lediglich die zwei sogenannten Partnermonate in An-
138 spruch.

139

140 Das Ergebnis: In der Mehrzahl der Familien bleibt die
141 Hauptlast der unbezahlten Care-Arbeit bei den Frauen.
142 Dies hat erhebliche negative Folgen für die Einkommens-
143 situation, die berufliche Entwicklung, die Altersvorsorge
144 und die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Frauen
145 arbeiten häufiger in Teilzeit, steigen langsamer auf, haben
146 geringere Rentenansprüche und sind häufiger von Alters-
147 armut betroffen.

148

149 Zugleich verpasst unsere Gesellschaft damit wertvolle
150 volkswirtschaftliche Chancen: Hochqualifizierte Frauen
151 reduzieren Erwerbstätigkeit oder steigen aus dem Beruf
152 aus. Unternehmen verlieren Fachkräfte, die dem Arbeits-
153 markt fehlen. Das Steueraufkommen sinkt, und die Sozi-

154 alversicherungen verlieren Beitragszahler*innen. Eine ge-
155 rechtere Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist also
156 nicht nur eine Frage der Gleichstellung, sondern auch der
157 wirtschaftlichen Vernunft.

158
159 Die derzeitige Berechnungsweise des Elterngeldes ver-
160 stärkt diese Ungleichheit zusätzlich, indem sie häufig den
161 geringer verdienenden Elternteil (oft die Mutter) ökono-
162 misch "belohnt", wenn er oder sie die Elternzeit über-
163 nimmt. Statt echter Wahlfreiheit wird einseitig das tradi-
164 tionelle Familienmodell begünstigt.

165
166 Mit der vorgeschlagenen Reform wollen wir als Sozial-
167 demokrat*innen ein zukunftsweisendes Elterngeldmodell
168 schaffen, das Gleichstellung aktiv fördert, wirtschaftli-
169 che Nachteile vermeidet, partnerschaftliche Elternschaft
170 stärkt und auch die Vielfalt heutiger Familienformen voll
171 anerkennt. Gleichzeitig trägt ein gut ausgestattetes, ge-
172 rechtes Elterngeld dazu bei, dass ergänzende Sozialleis-
173 tungen (z. B. Wohngeld, Kinderzuschlag, Kindergrundsi-
174 cherung) in vielen Fällen gar nicht mehr erforderlich wer-
175 den, weil Familien von Anfang an ausreichend abgesichert
176 sind.

177
178 Ein modernes Elterngeld ist eine Investition in Gleichstel-
179 lung, Wohlstand, Fachkräfte Sicherung, Kindergesundheit
180 und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit.